

***Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft***

IV/1997

DIE OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1996

MUSICA PRO PACE 1996

***BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA:
KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG UND DESERTION***

MATERIALIEN UND DOKUMENTE

**herausgegeben vom
Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück und dem
Präsidenten der Universität Osnabrück**

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Rupert Neudeck

Humanitäre Hilfe im Spannungsfeld internationaler Politik

Podiumsdiskussion am 19. Juni 1996 in der Aula der Universität

*Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen, Präsident des
Deutschen Roten Kreuzes, Bochum*

*Dr. Rupert Neudeck, Vorsitzender von »Cap Anamur/
Deutsche Not-Ärzte e.V.«, Troisdorf*

*Dr. Ulrike von Pilar, Vorstandsvorsitzende der deutschen Sektion
»Ärzte ohne Grenzen/Médecins Sans Frontières«, Bonn*

*Prof. Dr. Hans-Joachim Wenzel, Universität Osnabrück,
Diskussionsleitung*

Hans-Joachim Wenzel: Nach Überwindung des Ost-West-Konflikts haben regionale Krisen und Katastrophen in vielen Teilen der Welt deutlich zugenommen. Im Rahmen der Kriegsfolgenbeseitigung werden immer mehr Mittel für die Not- und Katastrophenhilfe ausgegeben, die damit längerfristig einer wirksamen Entwicklungszusammenarbeit entzogen werden. Nahrungsmittelhilfe und Hungerbekämpfung stellen als Überlebenshilfe ein moralisches Gebot dar. Dabei kann man feststellen, daß es einen wachsenden Konsens über menschenrechtliche und auch humanitäre Mindeststandards gibt. Gleichzeitig gibt es eine wachsende Bereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft zur humanitären Intervention bei eklatanter Verletzung dieser Menschenrechte durch Gewalt, Folter und auch durch Völkermord. Ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf die vier größten internationalen Nothilfeaktionen in den neunziger Jahren, und zwar seit 1991 im früheren Jugoslawien, 1991/1992 nach dem Golfkrieg im Nahen Osten, das Kurdenproblem betreffend, 1992 in Somalia und 1994 in Ruanda.

Diese humanitären Interventionen sind gleichzeitig Ausdruck eines politischen Versagens. So unzweifelhaft humanitäre Hilfe für in Not geratene Menschen notwendig ist, so unbestreitbar ist auch, daß humanitäre Hilfe durch die Konfliktparteien politisiert werden kann und wird, weil sie je nach Blickrichtung verdächtigt wird, den Ausgang des Konflikts positiv oder negativ zu beeinflussen. Gerade bei länger andauernden Notsituationen und Katastrophen kalkulieren z.B. die Kriegsparteien die Hilfen bereits fest auf der Einnahmenseite ein. Dabei kann gleichzeitig eine verbesserte Versorgungslage die Feindschaften weiter schüren und die Fortsetzung des Kampfes erst ermöglichen. Ganz generell wird nach dem Ende des Kalten Krieges, so scheint es, humanitäre Hilfe als Ersatz für politisches Handeln und auch als Ersatz für fehlende politische Konzepte angesehen. Frau von Pilar brachte dies mit folgender, in der *Frankfurter Rundschau* vom 8. Juni 1995 zitierten Bemerkung auf den Punkt: »Alle sind heute humanitär: die Konvois, die Korridore, die Interventionen, die Minister und neuerdings auch die Soldaten.«

Weiter muß bedacht werden, daß die Hilfsorganisationen in Krisengebieten oft einer sehr undurchsichtigen Situation gegenüberstehen, die durch große Unsicherheit gekennzeichnet ist. Da gibt es selbsternannte Regierungen, Stammesführer, Kriegsherren, Befreiungsbewegungen, irreguläre Truppen und Banditen. Und da gibt es vielleicht sogar Kriegsbeteiligte, die zielgerichtet Hunger als Waffe einsetzen.

Im Rahmen aller humanitären Hilfeleistung erscheint die Abwägung schwierig zwischen der Dringlichkeit kurzfristiger Hilfe auf der einen Seite und der möglichen Gefahr auf der anderen Seite, gerade mit dieser Art von Hilfe langfristige Schäden anzu-



Knut Ipsen



Hans-Joachim Wenzel



Ulrike von Pilar

richten. Ein häufig geäußelter Vorwurf besagt, daß die Hilfsmaßnahmen vor allem der Nicht-Regierungsorganisationen, der sogenannten NGOs, viel zu kurzfristig angelegt seien, eher auf eine Stärkung der Abhängigkeit als auf eine Stärkung der Eigeninitiative und Selbsthilfekapazitäten der Betroffenen hinausliefen. Häufig würden die Hilfsmaßnahmen unzureichend koordiniert und die Leistungen zu lange gewährt, wodurch gerade Eigenanstrengungen unterlaufen und die einheimischen Märkte zerstört würden. Es entstehe häufig so etwas wie ein Teufelskreis der Hilfe. Außerdem führe Korruption im Verteilungsapparat der betroffenen Länder dazu, daß Hilfslieferungen die Notleidenden gar nicht erreichen. Viele, vor allem kleine Nicht-Regierungsorganisationen, würden sich heute zunehmend auf die Katastrophen- und Nothilfe konzentrieren, weil sie Unterstützung von einer spendenbereiten Bevölkerung und übrigens auch staatliche Zuschüsse zu erwarten haben.

Der EU und anderen Gebern wird zu Recht vorgeworfen, daß sie häufig humanitäre Hilfeleistungen lediglich zum Abbau der Agrarüberschüsse nutzen, natürlich finanziert mit Mitteln der europäischen Entwicklungshilfe. Demgegenüber seien Dreiecksgeschäfte zu vereinbaren, die durch Ankäufe von Grundnahrungsmitteln in Entwicklungsländern mit Überschüssen zustandekommen könnten.

Besonders kontrovers wird heute die Frage diskutiert, inwieweit die Durchsetzung der Menschenrechte in einem Land Vorrang haben sollte vor dessen nationaler Souveränität. Kann es eine Pflicht zur humanitären Intervention auch ohne Zustimmung der Regierungen in den Interventionsländern geben? Und wenn ja: Wer ist dazu befugt, durch wen legitimiert? Sollte es zu diesem Zweck eine UN-Friedenstruppe geben, die dem UN-Generalsekretär unterstellt ist? Gerade das Beispiel Bosnien hat gezeigt, daß Hilfsorganisationen in einem Krieg gegen die Zivilbevölkerung wenig ausrichten können. Soll also die Durchführung humanitärer Hilfe in einer Konfliktsituation militärisch abgesichert werden? Kann und soll dieses geschehen, auch wenn dadurch offensichtlich der unpolitische Charakter der humanitären Hilfe in Frage gestellt wird?

Besonders schwierig gestaltet sich die Lage in Ländern, in denen von einer funktionsfähigen Zentralregierung so gut wie nichts mehr übriggeblieben ist, z.B. in Somalia oder Liberia sowie auch neuerdings in Burundi. Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es in diesen Fällen überhaupt, um der bedrängten Bevölkerung humanitäre Hilfe zukommen zu lassen? Hier könnte auch der Rot-Kreuz-Grundsatz: »Wir lassen die Opfer nie im Stich« ins Straucheln geraten.

In den neunziger Jahren gab es über 50 bewaffnete Konflikte in dieser Welt, aber nur in zwölf Konfliktfällen gab es Blauhelmeinsätze der UN. Es bleibt unklar, wer entscheidet, wo interveniert wird und warum. Hier drängt sich der Verdacht auf, daß neben politischem Kalkül die Art der Berichterstattung im TV und in den Printmedien den öffentlichen Druck erzeugt, der dazu führt, daß in Kambodscha und Ruanda interveniert wird, aber nicht in Haiti. Und warum wird nicht, so könnte man fragen, präventiv in Zaire interveniert, trotz massiv nachgewiesener Menschenrechtsverletzungen?

Bezugsfragen unseres Podiumsgesprächs könnten nach dem zuvor Gesagten unter anderem folgende Probleme betreffen: Welche politischen Rahmenbedingungen und welche Koordinationsstrukturen braucht humanitäre Hilfe? Wie ist das Selbstverständnis der Nicht-Regierungsorganisationen, welche spezifische Rolle spielen sie? Und damit zusammenhängend die Frage, die auch schon in den Hinweisen zu dieser Veranstaltung aufgenommen war: Inwieweit werden sie als Hilfsträger für die Interessen der Industrienationen eingespannt, ohne die zugrundeliegenden Probleme wirklich bekämpfen zu können?

Immer mehr Konflikte und Katastrophen haben in jüngerer Zeit zu einer Umschichtung von Mitteln der Entwicklungshilfe zur Not- und Katastrophenhilfe geführt. Inwieweit werden andere Organisationsstrukturen benötigt, vergleichbar z. B. dem Hohen Kommissar für Flüchtlingsfragen der UN (UNHCR) die Einrichtung eines Hohen Kommissars für Menschenrechte der UN, oder im nationalen Maßstab die Herausverlagerung der humanitären Hilfe aus dem Auswärtigen Amt, wo sie derzeit ressortiert?

Besteht ein Zusammenhang zwischen der Art der Berichterstattung und der Aktivierung des Spendenmarktes bzw. der Unterstützung durch humanitäre Hilfe? Konkret wäre zu fragen: Werden die Konfliktgebiete, in denen interveniert und humanitäre Hilfe geleistet wird, eigentlich durch unsere Medien aussortiert?

Welche Lektionen – und diese konkrete Frage geht jetzt an die Vertreter der einzelnen Hilfsorganisationen – sind aus den unterschiedlichen humanitären Hilfseinsätzen in der Vergangenheit gelernt worden? Über welche Mißerfolge gilt es selbstkritisch zu berichten?

Welche Art von Krisenprävention und Katastrophenvorbeugung ist überhaupt denkbar und durchführbar mit welchen friedenssichernden und humanitären Maßnahmen? Gibt es verbesserte Ansätze einer humanitären Hilfe?

Wie kann z.B. Hungerhilfe in ein Konzept von Armutsbekämpfung eingebettet und damit vielleicht eine etwas dauerhaftere Struktur entwickelt werden? Wie kann schließlich dringend notwendige humanitäre Hilfe – und das ist jetzt eine der am heftigsten diskutierten Fragen – in kriegsdestabilisierten Gebieten geleistet werden? Inwieweit ist humanitäre Hilfe mittels militärischer Absicherungsmaßnahmen durchzusetzen, auch unter Umgehung der nationalen Souveränitätsrechte, z.B. mit Unterstützung von UN-Friedenstruppen?

Das Grunddilemma der humanitären Hilfe in ihrer Beziehung zur Politik ist hier angesprochen, und dazu hat Herr Neudeck in einem Interview in den *Osnabrücker Nachrichten* am 16. Juni 1996 einiges klar zum Ausdruck gebracht, das ich hier einleitend und abschließend zitieren möchte: »Wenn die Politik mit ihrem Latein am Ende ist, gibt es nur noch Geld für humanitäre Hilfe. Sie können aber eine katastrophale politische Situation nicht durch Milchpulver und Aspirin wenden. Das haben wir in Bosnien erlebt, in Kambodscha, in Angola, Ruanda und Somalia. Nur Budgets für Hilfe auszustreuen, ist eigentlich Ausdruck von Hilflosigkeit.«

Sehr ernsthaft müssen sich heute auch alle staatlichen und nichtstaatlichen Hilfsorganisationen mit dem Problem auseinandersetzen, daß zu viele oder zeitlich unkoordinierte Hilfen, speziell Nahrungsmittelhilfen, abhängig machen und die Hungerprobleme längerfristig eher verstärken. Analog zum sogenannten Teufelskreis der Armut wird dann auch ein »Teufelskreis der Hilfe« erzeugt, gemäß dem Prinzip: »Je mehr Hilfe, desto mehr Nachfrage nach Hilfe«, wie es der schwedische Friedensforscher Gunnar Myrdal ausdrückte.

Ulrike von Pilar: Ich würde gerne kurz auf die Kritik an den NGOs, also den Nicht-Regierungsorganisationen eingehen, die u.a. darauf zielt, daß diese lediglich die Symptome der Konflikte milderten, aber letzten Endes nicht die Ursachen angingen.

Aus meiner Sicht trifft das die humanitäre Hilfe nur am Rande. Zwischen dem, was man heute humanitäre Hilfe nennt und was Entwicklungshilfe ist, besteht für mich und meine Organisation ein großer Unterschied. Die Organisation »Ärzte ohne Grenzen« ist als eine Hilfsorganisation für Katastrophenfälle gegründet worden. Humanitäre Hilfe ist für uns zuallererst Überlebenshilfe im weitesten Sinne, und zwar eine Hilfe, die gewissen

Kriterien genügen muß, um »humanitär« genannt werden zu können. Für mich sind – mit den Worten eines Kollegen – humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe so komplementär wie Regenschirm und Badeanzug. Entwicklungshilfe, das ist der Badeanzug für sonnige Zeiten, und der Regenschirm ist für die Krisen, für die Konfliktzeiten.

Katastrophenhilfe sollte – und tut dies normalerweise – in Situationen eingreifen, die sich von denen in Einsatzgebieten der Entwicklungshilfe grundsätzlich unterscheiden. Dazu gehören zwar auch Naturkatastrophen, aber heute sind Hilfeleistungen in Kriegen, Konflikten und im Zusammenhang mit Flüchtlingsproblemen wichtiger. Humanitäre Hilfe, so wie wir sie heute verstehen, richtet sich an Menschen, die sich in einer Situation befinden, in der ein vorhandenes Gleichgewicht massiv und oft sehr schnell zunichte gemacht worden ist. Humanitäre Hilfe richtet sich an Menschen, die ihrer Lebensgrundlage beraubt sind und die Hilfe brauchen, um eine existentielle Krisenphase zu überleben. Die Idee zumindest bei uns ist, sie so weit zu begleiten, bis sie wieder Entscheidungen für sich treffen können und in der Lage sind, selbst für ihr Leben zu sorgen.

Deswegen ist für mich ganz klar, daß humanitäre Hilfe nicht in erster Linie aufgerufen ist, Vorschläge zur Lösung dieser Konflikte, zur Behebung von Hungersnöten oder anderer Katastrophen anzubieten. Katastrophenhilfe tritt gerade mit der Idee an, stärker als Entwicklungshilfe in dem Sinne unpolitisch zu sein, als sie sich nicht aus einem Gesellschaftsmodell ableitet und nicht versucht, in einer uns fremden Gesellschaft einen Entwicklungsprozeß zu unterstützen, von dem wir oft nicht wissen, ob er dieser Gesellschaft adäquat ist. Die Frage, ob Katastrophenhilfe zu kurz oder umgekehrt zu nachhaltig eingreift – wir sprechen über Kurdistan, Somalia, Liberia, Ruanda –, muß nach dieser Maßgabe beantwortet werden. Es müssen zunächst die Kriterien bestimmt werden, nach denen über Anfang und Ende der Phase, in der Menschen ohne fremde Hilfe nicht überleben können, in der also humanitäre Hilfe dringend notwendig und gerechtfertigt ist, klar entschieden werden kann. Dabei geht es, wie Sie wissen, im Falle der Organisation, für die ich arbeite, ganz speziell um medizinische Hilfe.

Der zweite Punkt, den wir diskutieren wollen, betrifft die Frage der Vermischung bzw. der Zusammenarbeit mit der Politik. Was macht eigentlich die Prinzipien einer humanitären Organisation aus, so wie wir sie verstehen? »Humanitär« heißt für uns, daß die Arbeit sich auf den Menschen und allein auf den Menschen in seiner Not und in seinem Überlebenskampf richtet. Sie darf nicht unterscheiden zwischen Rassen, Religionen, Herkommen. Das ist es, was wir unter Unparteilichkeit verstehen. Es ist eine Hilfe, die nicht an politische Bedingungen oder ökonomische Interessen gebunden sein darf, die in diesem Sinne Neutralität wahrt und daher nicht politische Positionen beziehen sollte.

Eines der wesentlichen Prinzipien muß es demnach sein, daß die Organisationen, die diese humanitäre Hilfe leisten, unabhängig sind – unabhängig zuallererst im Kopf, in dem Sinne, daß man wirklich unabhängig arbeiten und sich nicht einspannen lassen will. Davon sind insbesondere auch finanzielle Fragen berührt. Ferner die Entscheidung darüber, wie man mit den Medien arbeitet, wie mit Regierungen, der eigenen und denen vor Ort. Humanitäre Hilfe, die – ohne weitere Interessen zu bedienen – wirklich den Menschen zugute kommt, kann nur von unabhängigen Organisationen geleistet werden.

Auch in der Zeit des Kalten Krieges gab es humanitäre Hilfsaktionen. Manche denken, das war die große Zeit der humanitären Hilfe, weil die Regierungen selbst nicht direkt agieren konnten und oft nur über die NGOs, über die unabhängigen humanitären Organisationen, in einem Konflikt die Zivilbevölkerung unterstützen konnten. Auch diese Praxis hatte politische Nebeneffekte, aber seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes braucht es diese Diskretion nicht mehr, jetzt können die Regierungen direkt eingreifen.

Die ersten Beispiele dafür waren Kurdistan und Somalia. Eines der großen Probleme ist dabei der inflationäre Gebrauch des Wortes »humanitär«. Es ist ein Mißbrauch dieses Wortes, wenn Regierungen, oft auch das Militär, in solchen Konflikten eingreifen und das »humanitär« nennen. Für mich hat das mit einem humanitären Einsatz nichts mehr zu tun, denn Regierungen haben andere als humanitäre Interessen.

Was ist eigentlich eine »humanitäre Intervention«? Das ist auch ein Begriff, dessen Gebrauch mehr Nachdenken und Sorgfalt erforderte. Denn eine humanitäre Aktion schließt ein, daß man sich manchmal um Grenzen und Souveränitäten und Autoritäten nicht so sehr bekümmert! Unabhängige Organisationen üben diese Praxis seit langem und ganz besonders während des Kalten Krieges, ob in Afghanistan oder im Sudan. Die Glaubwürdigkeit dieser Art von humanitärer Intervention war gegeben, weil es sich um unabhängige Organisationen handelte.

Wenn man heute meint, eine Intervention unter Umständen mit militärischen Mitteln gegen den Willen der Regierung des betroffenen Landes durchsetzen zu können, dann ist das durch das Attribut »humanitär« nicht mehr gedeckt. In diesem Moment wird man Kriegspartei, ob man das möchte oder nicht, ob man noch so hehre Motive hat, wie die Rettung der Bevölkerung oder die Aufrechterhaltung der Menschenrechte. Was mögen die Menschen in Sarajevo davon gehalten haben, daß ununterbrochen humanitäre Einsätze vor sich gehen, die aber Menschenleben nicht nachhaltig schützen konnten? Denken Sie an Srebrenica.

Erste Bedingung einer unabhängigen humanitären Aktion ist der sichere Zugang zu der betroffenen Bevölkerung. Das sollte eigentlich garantiert sein durch völkerrechtliche Verträge, ist heute aber in vielen Fällen, wie etwa in Burundi, Liberia, Ruanda nicht gewährleistet. Wir haben oft nicht die Möglichkeit, die betroffene Bevölkerung zu erreichen. Sie haben vielleicht gelesen, daß drei Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes in Burundi umgebracht worden sind. Sie sind ermordet worden in einer Provinz, in der das Rote Kreuz bis zu diesem Zeitpunkt als einzige humanitäre Organisation tätig war. Das Internationale Rote Kreuz hat sich daraufhin aus Burundi zurückgezogen. Das genau ist es, was verschiedene Fraktionen in Burundi wollen: Sie möchten die humanitären Organisationen, die zugleich unangenehme Zeugen sind, loswerden und schrecken vor Terrorakten nicht zurück. In Tschetschenien hatten wir, als die Situation unerträglich wurde, lautstark protestiert, obwohl wir wußten, daß es zu Sicherheitsproblemen kommen konnte. Wir hatten nicht für möglich gehalten, was kurz darauf geschah, daß zwei unserer Mitglieder gekidnappt und erst nach zweiwöchigen Verhandlungen freigelassen wurden. Wie können wir – obwohl wir unabhängig sind, obwohl wir unparteilich arbeiten, obwohl wir strikt humanitär und medizinisch arbeiten – wie können wir die betroffene Bevölkerung erreichen, wenn die Prinzipien dieser Arbeit nicht mehr anerkannt werden? Einer der Gründe dafür liegt darin, daß unsere Regierungen, weil sie keine politische Antwort haben und keine Bereitschaft zum Nachdenken und zur Koordination aufbringen, ihre militärischen Optionen mit einem humanitären Mantel bekleiden. Weil die humanitäre Hilfe insgesamt in den letzten Jahren politisiert worden ist, ist sie erschwert und zum Teil unmöglich geworden und wird von den betroffenen Ländern oft nicht mehr akzeptiert.

Knut Ipsen: Ich möchte aus der Fülle der Probleme sechs Komplexe aufgreifen: Erstens: Warum gehen die humanitären Organisationen nicht gegen die Ursachen vor und widmen sich nur den Symptomen? Dies ist eine Widersprüchlichkeit, mit der das Rote Kreuz bereits die 133 Jahre seit seiner Gründung lebt. Schon sein Gründer, Henri Dunant, hatte

einen zum Teil mit literarischem Format geführten Disput mit Berta von Suttner darüber, warum er denn nicht gegen die Ursachen der Kriege vorgehe und sich »nur« den Opfern widme. Nach wie vor ist für die gesamte Bewegung vom Roten Kreuz und vom Roten Halbmond aber klar entschieden, daß wir uns primär um die Opfer kümmern. Allerdings gelangen wir immer wieder in eine Situation, in der wir nicht schweigen können. Auch das Deutsche Rote Kreuz wird immer wieder auf Menschenrechtsverletzungen in dieser Welt angesprochen. Ich selbst habe mich bereits mehrfach bei gleichzeitiger Information der jeweiligen nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaft an die Staatsoberhäupter oder Regierungschefs gewandt mit dem höflichen aber deutlichen Ersuchen, Aufklärung zu schaffen bezüglich vorliegender Vorwürfe. Allerdings bin ich auch der Meinung, daß eine Organisation wie das Rote Kreuz sich nie auf Appelle beschränken darf. Den Handlungsspielraum begrenzen die Optionen, sich zugunsten von Opfern nur noch verbal zu äußern und dafür die tätige Hilfe zu unterlassen oder sich den Opfern nur schweigend zu widmen und damit zu versäumen, die Stimme zu erheben, wo es geboten ist. Das Rote Kreuz ist weltweit eine Organisation der Tat und nicht des Wortes. Aber es ist immer wieder vorgekommen, daß wir auch die Stimme gegen die Ursachen erheben müssen. Beseitigen können humanitäre Organisationen diese Ursachen nicht, und wer sich dessen anheischig macht, der übernimmt sich.

Zweiter Punkt: Die Rahmenbedingungen humanitärer Hilfe haben sich profoundly geändert, gerade was die Tätigkeit des Roten Kreuzes betrifft. Das Rote Kreuz konzentriert sich auf zwei große Aufgabenfelder: Zum einen auf die Opferhilfe und -betreuung im bewaffneten Konflikt, zum anderen auf Einsätze bei Katastrophen, seien es besonders schwere, von Menschen verursachte Unglücksfälle, seien es Naturkatastrophen. Was die Einsätze im bewaffneten Konflikt betrifft – Kriege zwischen Staaten oder Bürgerkriege, die die Hauptform der gegenwärtigen Konflikte darstellen –, so hat das Rote Kreuz ein klares, durch völkerrechtliche Verträge festgelegtes Mandat. Dieses Mandat kommt dem Internationalen Roten Kreuz zu, das eine oder mehrere nationale Rot-Kreuz-Gesellschaften hinzuzieht. Wenn das Rote Kreuz etwa im früheren Jugoslawien auftritt, dann nicht unter dem Zeichen »Deutsches Rotes Kreuz«, sondern mit dem Emblem des »Comité International de la Croix Rouge«, dem IKRK-Zeichen. Von den 190 Staaten dieser Welt akzeptierten 185 Staaten die Genfer Konventionen als geltendes Recht, damit war die Arbeit des Roten Kreuzes sichergestellt. Das ist allerdings nicht mehr die Situation, in der das Rote Kreuz heute in den meisten Konflikten aktiv ist. In Bosnien z. B. sind gebrauchte, auch in der Bundesrepublik angekaufte Rettungstransportwagen mit dem Rot-Kreuz-Zeichen zum Transport von Munition oder von Kombattanten benutzt worden. Kombattanten haben immer wieder ihren Bestimmungsort durch Anhalten eines Rot-Kreuz-Konvois zu erreichen versucht. Das hat gelegentlich zu unerfreulichen Situationen geführt. Das Rote Kreuz als eine der Hilfsorganisationen arbeitet heute unter völlig anderen Bedingungen, weil es sich nicht mehr darauf verlassen kann, daß die Konfliktparteien seine humanitäre Tätigkeit achten. Der bedauernswerte Tod von drei Rot-Kreuz-Delegierten in Burundi ist ein Beispiel. Auch im früheren Jugoslawien hat es mehrere Todesfälle gegeben; ein für Sarajevo bestimmter Rot-Kreuz-Konvoi ist gezielt unter Artillerie-Feuer genommen worden.

Wir werden es nicht schaffen, in diesen Konflikten neuerer Art, die besonders blutig ausgetragen werden, die Konfliktparteien dazu zu bringen, die humanitären Organisationen zu achten. Die humanitäre Betätigung wird von ihnen als Unterstützung einer Konfliktpartei gewertet. Auch im Bosnien-Konflikt hat uns eine Partei vorgeworfen, mit der Hilfe für betroffene Opfer unterstützten wir die andere Konfliktpartei. Unser Nachweis,

daß wir die Opfer der Konfliktpartei, die uns diesen Vorwurf machte, mit weitaus stärkeren Mitteln, mit intensiverem Einsatz unterstützt hatten, hat nichts gefruchtet.

Dritter Punkt: Die Koordination der Hilfe ist erforderlich, aber kaum noch möglich. Zwei Beispiele: In Somalia waren 47 humanitäre Organisationen, nicht-regierungsamtliche Organisationen, NGOs, tätig. Der seitens der UN Verantwortliche hat dargelegt, daß er nicht in der Lage gewesen sei, deren Aktivitäten zu koordinieren. Im ehemaligen Jugoslawien sind gegenwärtig 437 NGOs tätig, die zu koordinieren nahezu ausgeschlossen ist. Darunter sind auch lokal organisierte Gruppen, die nur ein Projekt etwa im sozialtherapeutischen Bereich durchführen, was nicht gering geschätzt werden soll. Es geschieht sehr viel ungemein Hilfreiches gerade von kleinen Organisationen. Eine Organisation wie das Rote Kreuz muß sich in diesem Zusammenhang natürlich auf die Primär-, auf die Selbstkoordination verlassen, gerade weil wir in Jugoslawien durch das IKRK, das mit einer Reihe von nationalen Gesellschaften dort die Aufgaben durchführt, präsent sind. Die Koordination wird immer eine notwendige Aufgabe sein, die nie – das darf ich aus Erfahrung sagen – hundertprozentig erfüllt werden können.

Viertens: Der Grundsatz »Wir lassen die Opfer nicht im Stich« stellt uns vor mehr Probleme denn je. In früheren Konflikten konnte man sich bei allen Kontroversen zwischen den staatlichen Konfliktparteien auf einen Minimalkonsens verlassen: die Gewähr für das Rote Kreuz, seine Aufgaben erfüllen zu können. Heute stehen wir immer wieder vor der Frage der Risikoabwägung. In erster Linie geht es darum, den Konfliktopfern Hilfe angedeihen zu lassen. Wir müssen aber das Risiko abwägen, das wir unseren eigenen Helferinnen und Helfern zumuten – was uns nicht davor bewahrt, daß immer wieder Helfer selbst Opfer werden, zu Schaden kommen oder sogar getötet werden. Der Weg eines Hilfskonvois unter dem Emblem des IKRK, den ich von Split über Srebrenica nach Sarajevo begleitet habe, ist dafür beispielhaft. Beginnend mit einer umständlichen, durch die Begleitung moslemischer Helfer motivierten Zollabfertigung über das Verlangen bis dato unüblicher Dokumente bis zu dem Angebot der Abhilfe durch Bestechung reichten die Behinderungen, die bei weiteren notwendigen Grenzübertritten sich noch steigerten. Daß die Bewältigung einer Strecke, für die sonst fünf Stunden benötigt werden, sich unter solchen Umständen auf 24 Stunden ausdehnt, daß solche Unternehmungen an den Nerven aller beteiligten Konvoibegleiter zerren, liegt auf der Hand. Gleichwohl sind wir der Auffassung: Wir dürfen unsere Opfer nicht im Stich lassen. Damit ist die Frage verbunden: Sollen wir humanitäre Einsätze unter militärischem Schutz vornehmen? Die Haltung des Internationalen Roten Kreuzes und auch des Deutschen Roten Kreuzes hierzu ist inzwischen klar. Wenn wir überhaupt bewaffnete Hilfe in Anspruch nehmen, dann nur aufgrund unserer eigenen Entscheidung. In keinem Fall lassen wir uns bewaffnete Hilfe aufdrängen oder gar aufzwingen. Für das Deutsche Rote Kreuz, über dessen Auslandseinsätze mir als Präsidenten die monokratische Entscheidung obliegt, möchte ich ergänzen: Ich bin nicht bereit, Wege zu gehen, wie sie gezwungenermaßen seitens des IKRK im Somalia-Einsatz gegangen worden sind. Dort konnte das IKRK seine Einzelhilfsaktion nicht mehr durchführen, weil die Güter nicht mehr die Adressaten erreichten. Dann wurden sogenannte *technical-assistant groups*, bestehend aus vier jungen Somalis mit einem Jeep und einem montierten Maschinengewehr, angeheuert. Das wäre bereits jenseits der Grenze, die ich für das Deutsche Rote Kreuz ziehe. Wenn wir überhaupt im Ausnahmefall bewaffneten Schutz billigen würden, dann allenfalls durch Kräfte, die im Rahmen eines UN-Mandats als *UN peace-keeping forces* vorgehen.

Letzter Punkt: Die Pflicht zur humanitären Intervention. Hier spreche ich nicht als DRK-Präsident, sondern als Völkerrechtler. Es gibt völkerrechtlich keine Pflicht zur

humanitären Intervention, und es wird sie auch in absehbarer Zeit nicht geben. Ein Recht zu humanitärer Intervention von Staaten gibt es ebenfalls im geltenden Völkerrecht bislang nicht. Auch wenn einige Kollegen dies bestreiten. Diskutabel ist ein Recht zu humanitären Interventionen der Vereinten Nationen, wie es bereits durch den Sicherheitsrat, »Kurdenresolution« 688, im Fall der Kurdengebiete im Norden des Irak durchgesetzt worden ist. Wenn überhaupt militärischer Einsatz, dann müßte dieser profund überdacht werden. Er müßte eigentlich im Sinne einer Weltinnenpolitik, wie Richard von Weizsäcker sie einmal gefordert hat, als polizeiähnlicher Einsatz erfolgen. Dann allerdings nicht als der bloße Gefahrenabwehreinsatz, den wir heute kennen, sondern als der *Policey*-Einsatz, wie er noch als umfassender Daseinsvorsorgeinsatz vom preußischen *Allgemeinen Landrecht* von 1794 vorgesehen war. In diesem Rahmen müßte dann die Daseinsvorsorge von den humanitären Organisationen vorgenommen werden.

Rupert Neudeck: Ich erlebe zunehmend, und mit jedem Jahr mehr, daß wir ein fürchterliches, nicht mehr aufzulösendes humanitäres Problem bekommen, und das ist in allen angesprochenen Kategorien zu greifen. Die praktizierte Grundunterscheidung dieser Welt ist diejenige zwischen uns wertvollen Menschen und denen, die nicht so wertvoll sind: Es wird dauernd interveniert, es sind dauernd Truppen im Einsatz, derzeit wieder französische Truppen in der Zentralafrikanischen Republik. Warum sind die denn ungeachtet der Souveränität dieses Staates dort? Weil französische Staatsbürger, auch Deutsche, herausgeholt werden müssen! Es wird andauernd interveniert, weil es um uns geht! Um die Tatsache unserer wertvollen Existenz, die geschützt werden muß von jedem Konsulat der Bundesrepublik Deutschland, selbst wenn ich Waffenhändler bin! Ich habe in Uganda erlebt, daß eine Botschaft mir gesagt hat: »Verdammt noch mal, diesen Mann müssen wir da oben rausholen, der ist zwar ein Waffenhändler, der hat hier fürchterliche Sachen angestellt, aber er hat einen deutschen Paß, und wir müssen das tun.« – Das ist der Skandal dieser Welt: Wir sind wertvoll, und die anderen sind es nicht.

Die 2.700 Blauhelme sind aus Ruanda abgezogen worden, nachdem man pünktlich unsere wertvollen Leute herausgeholt hatte. Die einzige Diskussion, die es in Deutschland gab, galt der Frage, weshalb denn nicht die GSG 9 hineingegangen sei, um die *Deutsche Welle*-Mitarbeiter herauszuholen. Ich habe die Szene in dem Krankenhaus, in dem wir bei Kigali gearbeitet haben, selbst nicht miterlebt, aber es gibt einen Film darüber: Da kommen belgische Blauhelme fünf Stunden, bevor sie abfliegen. Und sie haben den Auftrag, drei weiße belgische Nonnen aus einem Krankenhaus herauszuholen. Und da kommen ihnen Patienten aus diesem Hospital in Dera, zehn Kilometer von Kigali, entgegen, kniend, weinend, schreiend: »Seht mal, da hinten. Da wird schon angefangen. Da werden unsere Leute schon massakriert. Mit *panga knife* und Machete, Kopf abgeschlagen.« Sie bitten diese Blauhelme, in den fünf leeren Bussen, die da stehen, mitgenommen zu werden, was diese verweigern! Dann kommen still und heimlich die Nonnen. Und sie werden mitgenommen! So ist die Welt – Wenn wir uns um diese andauernde, skandalöse Praxis nicht kümmern und wenn wir weiter ... – Ich rede immer von *mir*, nicht daß wir uns falsch verstehen, wenn ich »wir« sage, meine ich immer auch *mich*. Wenn mir irgendwo auf der Welt was passiert, werde ich herausgeholt! Wir sind versichert, wir alle, von der Rettungsflugwacht in Stuttgart, für 18 Mark im Jahr werden wir herausgeholt. 70.000 DM kostet der Jet, wir werden dort herausgeholt. Keine Bange. Ihnen allen würde das so passieren. Seien Sie nicht bange. Es geschieht Ihnen nichts. *Wir* sind das, hier, um uns geht es. Es geht noch lange nicht um die Habenichtse. Und dieser Zustand nimmt an Schärfe und Radikalität zu.

Wo sind denn die Zeiten, in denen wir groß geworden sind, in denen es Solidarität mit der Dritten Welt gab, als Willy Brandt mit Julius Nyerere den Bericht über eine *Dritte Welt* gemacht hat? Können Sie noch Spuren davon entdecken, wenn Sie abends die *Tagesschau* sehen? Wir sind doch dabei, unsere Menschenrechte, die Euro-Rechte sind, zu verteidigen. Ich sage nicht, daß das schlecht oder falsch ist, daß wir in so einem abgesicherten System sind. Ich war unendlich froh darüber, als eine Krankenschwester in Somalia am 16. Juni 1991 auf eine Anti-Panzermine gefahren ist und beide Beine verlor. Ich war unendlich froh, bis heute bin ich froh, daß wir wenigstens die Versicherung und die Ansprüche bis ans Lebensende für diese Krankenschwester haben! Aber da kommt der Anruf aus Djibouti, ob denn außer ihr, der wertvollen deutschen Krankenschwester, auch eine Somali, der beide Beine fehlen, mitgenommen werden könne? Ja, natürlich, sagt man da. Aber dieses »Ja, natürlich« kostet 150.000 DM. Und das ist pünktlich für diese Menschen nicht da. Dieses Problem von »wertvoll« und »nicht so wertvoll« fängt in Polen an. Ich habe mit dem Gesundheitsministerium gesprochen: 55% der Dialyse-Patienten werden versorgt, 45% nicht. Da habe ich gefragt: »Ja, was geschieht mit denen?« – »Die sterben«.

Wir sind zunehmend in einer Situation, mit der umzugehen die Politik unfähig ist. Das Talkshow-Gerede von den Humanitären, Soldaten, Konvois usw. nimmt ja in einem inflationären Ausmaß zu, weil die Politik in ihrer Ohnmacht am Ende ist. *Dayton* – da habe ich in meiner Naivität noch gedacht: Das wäre die Konferenz, die den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien beendet. Jetzt aber fängt der Konferenzzirkus wieder an. Glauben Sie nicht, daß nächste Woche keine Konferenz über Bosnien ist und die übernächste auch. Es wird ein unendliches Gerede und eine Mahlmühle da sein.

Und da kommt so jemand, so ein sperriger Typ wie der Hans Koschnick, den wir alle deshalb verehren, weil wir an ihn nicht heranreichen, der alles genau so macht, wie unsere Dienstordnungen es nicht erlauben. Nach dem ersten Attentat war man sicher im Auswärtigen Amt schon dabei, ihn zurückzurufen. Koschnick aber sagt in einem Interview: »Ich bleibe«. Koschnick paßt in diese Welt nicht hinein, weil er kein Mandat braucht, um für Menschen in Not zu tun, was er tun muß. Er ist nur gescheitert, weil ihm die Politik in den Rücken gefallen ist, weil man ihn betrogen hat. Ich war am 7. Februar 1996 in Mostar nur zwanzig Meter entfernt; Koschnick sollte nicht nur ermordet werden; sie hätten ihn gelyncht, wenn sie an den Wagen herangekommen wären. Der Bürgermeister, der den Lynchmordanschlag auf Hans Koschnick vorbereitet und durch das Radio bekannt gegeben hat, wann sich die Leute dort versammeln sollen, ist weiter im Amt.

Was machen wir mit unserer Politik? Das einzige, worauf sich Menschen in dieser Welt noch verlassen können, ist eben die humanitäre Aktion. Worauf soll sich ein Tschetschene verlassen? Etwa auf die Politik? Sie können nach Tschetschenien nur kommen, wenn Sie alles verletzen, was die Regierung Rußlands vorgegeben hat. Man muß diesen Menschen dadurch helfen, daß man illegal dort hineingeht oder illegitim. Nicht alle Staaten auf dieser Welt sind so ordentlich wie der unsere. Ich meine, es muß bei diesen Aktionen – und das weiß jeder von uns dreien, die wir Ihnen hier berichten und Rede und Antwort stehen –, es muß ein bißchen mehr Mut da sein auf dieser Welt, als wir es heute von unserer Sozialisation, Moral und Jurisdiktion gesagt bekommen.

Wir müssen nicht immer von den anderen Ländern reden und wie schlimm es da ist. Wir müssen bei uns anfangen. Und ich kann es mir nicht verkneifen, kurz und präzise darauf hinzuweisen, daß wir in Zeiten leben, in denen große wirtschaftliche Interessen weiter dafür sorgen, daß ganz vielen Menschen die Beine abgerissen werden. Das Ergebnis

der Genfer Minenkonferenz, gegen das auch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes protestiert hat, ist eine unglaubliche Blasphemie: Statt das Verbot von Minen zu beschließen, erfindet man eine neue Generation von sogenannten intelligenten Minen, die auch darin noch zu unseren Gunsten ausfällt, weil nur wir im Norden, nicht aber die ›Habenichts‹- und die ›Schmuddelkinder‹-Länder diese *sophisticated technology* haben.

Wir haben einen Minenräumer in Sarajevo auf eine Mine treten sehen, dessen beide Füße bis an die Kniekehle lebenslang kaputtgeschlagen sind. Wenn es einer von den zwei Deutschen gewesen wäre, wäre das eine durch ganz Deutschland gehende Riesennachricht gewesen. Es war »nur« ein Bosnier, und er hat keine gute Versicherung. Dieser Skandal mit den Minen und der humanitären Intervention und der Unfähigkeit unserer Politik, d.h. von uns allen, diese Waffe aus der Welt zu bringen, ist unerträglich. Und die Frustration eines Minenräumers kann man sich nicht groß genug vorstellen. Die Statistik für 1995 besagt: Es sind etwa 100.000 Minen aus dem Boden geräumt und gesprengt worden, und in der gleichen Zeit, meine Damen und Herren, sind zwei Millionen Minen neu gelegt worden.

Hans-Joachim Wenzel: Vielen Dank für die einleitenden Ausführungen und Ihnen, Herr Neudeck, auch für die Zuspitzung auf die Grundthese: Im Kontext der Intervention geht es eigentlich um uns, es geht nicht um die ›Habenichtse‹. Es geht um unsere Unfähigkeit zu einer angemessenen politischen Reaktion. Bei den Grundsätzen zur Notwendigkeit der humanitären Hilfe besteht offensichtlich kein Dissens unter den hier am Podium Versammelten. Bedeutsam scheint mir die Tatsache zu sein, daß viele Hilfsaktionen als Medienereignisse ›zelebriert‹ werden und daß die Frage, wo gespendet bzw. interveniert wird und warum, teilweise eine Frage der Berichterstattung in den Medien ist.

Ulrike von Pilar: Ich glaube wie Rupert Neudeck auch nicht, daß es heute mehr Konflikte gibt. Richtig ist aber, daß die Konflikte ganz besonders schmutzig geworden sind. Und ein Grund dafür liegt darin, daß bis zum Ende des Ost-West-Gegensatzes die kleineren Konflikte, die »Stellvertreterkriege« in Afghanistan, in Äthiopien, unter dem Einfluß der Supermächte standen. Für unsere Regierungen ging es um den Vormarsch feindlicher Ideologien, für die jeweiligen Guerillagruppen ging es um die Benutzung der internationalen Medien und um die Unterstützung der jeweiligen interessierten Mächte. Sie mußten sich also in gewissem Sinne ›anständig‹ benehmen, denn sie agierten auf einer internationalen Bühne. Deshalb konnte man tatsächlich in Äthiopien und in Afghanistan arbeiten, deshalb wurden die Prinzipien humanitärer Hilfe respektiert! Die Menschen in diesen Kriegen interessierten die Regierungen überhaupt nicht, aber der Schauplatz, das Machtspiel, das dahinter stand, interessierte. Die heute wie in Somalia agierenden Banden haben kein Interesse mehr an der Berichterstattung in den internationalen Medien, weil sie heute von keiner Seite Unterstützung mehr erwarten können.

Ein weiterer Grund, weshalb heute mehr denn je die Kriege gegen die eigene Bevölkerung geführt werden, sind die starken wirtschaftlichen Probleme. Die Guerillabewegungen erhalten wirtschaftliche oder Waffenhilfe nicht mehr in dem Maße wie früher, ob in Lateinamerika, am Horn von Afrika oder in Tschetschenien. Also halten sie sich an die Zivilbevölkerung oder an die humanitären Organisationen, die wirklich hemmungslos ausgeplündert werden.

Das führt zurück zu der Frage nach Beispielen für das Scheitern humanitärer Hilfen. Jedesmal stellt man sich erneut die Frage: Wie weit darf man eigentlich humanitäre Hilfe in einem Kontext leisten, in dem unser Material und unsere Präsenz in Anspruch genom-

men werden für die Kriegsziele? Damit komme ich zurück auf die nicht-existent humane Intervention in Ruanda: Die humane Intervention gab es nicht während des Völkermords, sondern es gab sie hinterher in Zaire, als in den Flüchtlingslagern der Hutu-Bevölkerung die Cholera ausbrach. Provokativ könnte man sagen: Geholfen wurde jenen, die Verfolgungen und Massaker verübt haben und nicht denen, die darunter gelitten hatten. Klar wurde, daß humane Hilfe in den Lagern von Goma auch dazu benutzt wurde, eine neue Kriegsmaschinerie in Gang zu bringen. Obwohl es eine schwierige Entscheidung war, haben sich einige, auch meine Organisation, entschlossen, diese Lager zu verlassen, weil wir überzeugt waren, daß unsere Hilfe eher schädlich als nützlich geworden war. Humane Hilfe kann nicht ein Lager unterstützen, in dem Menschen sich auf einen Krieg vorbereiten, denn diese Entwicklung ist ohne einen politischen Rahmen, ohne den politischen Willen etwa von UN-Organisationen nicht zu stoppen.

Unsere Beziehung zu Journalisten ist natürlich nicht unproblematisch. Goma war eines der größten Medienspektakel, die wir je erlebt haben, wo humane Hilfe völlig pervertiert wurde. Es ging doch nicht um die Cholera, sondern um den Völkermord, den wir im Fernsehen sahen und der nicht mehr zu verhindern war, weder durch 20 Jahre Entwicklungshilfe im Land, noch durch die humanitären Organisationen, noch überhaupt die politischen Gremien. Die Bilder aus Goma haben dazu geführt, daß die Welt den Völkermord vergessen hat. Es hatte 2.700 Blauhelme in Ruanda gegeben, und die wurden während des Völkermords abgezogen!

Goma ist ein negatives Beispiel für Medienaufmerksamkeit. Andererseits benötigen besonders die privaten, unabhängigen Organisationen aber von Anfang an die Unterstützung der Medien, die es erlaubt, unsere eigene Gesellschaft, die Menschen in unseren Ländern, zu erreichen, ohne die wir nicht arbeiten können. Einen Schutz gibt es für uns nicht. Das IKRK ist die einzige Organisationen, die in einem völkerrechtlichen Vertrag namentlich genannt wird. Unser Schutz und der Schutz der Menschen, für die wir arbeiten, liegt eben auch in der Präsenz der Medien. Wir können nicht ohne die journalistische Arbeit leben, denn sonst wäre der Zweck, den Menschen, die da unerkannt und ungehört leiden, zu Hilfe zu kommen und deren Hilferuf hörbar zu machen, nicht zu erfüllen. Richtig ist, daß die Medienberichterstattung die Tendenz hat, sich auf Sensationen zu werfen: Wenn einer unserer internationalen Mitarbeiter gekidnappt wird, schreit alle Welt auf. Aber außer diesen Sensationen gibt es dann noch sechzig weitere Konflikte und Kontexte, über die kein Mensch mehr redet und für die es sehr schwierig ist, Aufmerksamkeit zu bekommen.

Rupert Neudeck: Journalisten und Medien braucht eine Gesellschaft, in der Themen gesetzt werden, ganz dringlich. Falsch ist aber, dabei Verschwörungs- und Dolchstoßtheorien zu ventilieren. Das geht alles viel oberflächlicher, wie auch bei der Politik, und viel hausbackener vonstatten. In dem Zusammenhang wende ich mich gegen den gedankenlosen, heuchlerischen Begriff der *Prävention*, die aber tatsächlich regelmäßig ausbleibt. Weil: Das Kind muß immer erst in den Brunnen gefallen sein, dann helfen wir ihm. Und das gilt nicht nur für die humane Hilfe, sondern auch für die Politik. Interessieren Sie mal jemanden für Burundi! Da muß es doch erst knallen! Warum werden die Kosovo-Albaner mit ihrem gewaltlosen Widerstand gegen die serbische Unterdrückung durch Nichtwahrnehmung bestraft? Und Afghanistan? Gott sei Dank ist das weit weg. Es gibt keine Prävention als Politik, denn wir wollen in Ruhe gelassen werden.

Noch eine Bemerkung zu den Medien: Ich habe 1979 auf der »Cap Anamur« elf Journalisten mitgenommen, die nach sechs Tagen und Nächten noch keinen Flüchtling gese-

hen hatten. Das ist das schlimmste, was Ihnen auf der Welt passieren kann, wenn Sie Journalisten nicht befriedigen mit dem Ergebnis und dem Erfolg einer Aktion.

Knut Ipsen: Die Verwendung von bewaffneten Kräften, Polizei oder Streitkräften wird sich dauerhaft nicht vermeiden lassen, was Bosnien gezeigt hat. Ich habe mit eigenen Augen die Ohnmacht der UNPROFOR-Soldaten und demgegenüber die Durchsetzungsfähigkeit der IFOR-Streitkräfte gesehen. Dabei ist kein Schuß gefallen, die Wirkung beruhte auf der massiven Präsenz. Und dies wird auch weiter so sein, ob wir es beklagen oder nicht.

Was die Medien betrifft: Ich habe jetzt mehrfach erlebt, daß bei ganz konkreten Aufrufen, etwa zu Ruanda, oder bei den verschiedenen Aufrufen zu Sarajevo Summen gespendet wurden, die mich wirklich staunen gemacht haben. Viele Menschen, und zwar Menschen, die gar nicht einmal so viel zur Verfügung haben, sind bereit, von ihrem Wenigen etwas abzugeben. Insofern sind die Berichte der Medien für den Einsatz, den die Bevölkerung leistet, ganz entscheidend. Wir haben bisher für unsere in Bosnien laufenden Einsätze 40 Millionen aufgewendet. Mehr als die Hälfte dieses Geldes stammt von den Bürgern dieses Landes, wurde ganz gezielt für Bosnien gespendet.

Publikum: Herr Ipsen, Sie sagten vorhin, daß es das Deutsche Rote Kreuz seit 133 Jahren gibt. »Brot für die Welt« gibt es auch seit 90 Jahren. Und die Deutschen sind aus – sagen wir – hauptsächlich christlicher Nächstenliebe sehr spendabel. Aber um ein Kind in den Dritte-Welt-Ländern zu erziehen, braucht man, wie ich erfahren habe, monatlich nur 45 DM zu überweisen. Das macht im Jahr 540 DM. Was kostet dagegen ein Entwicklungshelfer, den man aus Deutschland in diese Länder schickt?

An Herrn Neudeck die Frage, ob nicht der Dialog zwischen Industriestaaten und Dritte-Welt-Ländern fehlt? Es gibt jedenfalls eine große Kluft zwischen dem *know-how* der Menschen aus den Industriestaaten, die Hilfe leisten wollen, und den Menschen in Konfliktstaaten, deren Problem oft Unwissenheit und Analphabetismus ist.

Knut Ipsen: Mir ist die Entwicklungshelfersituation sehr gut vertraut, denn ich sitze seit 20 Jahren dem Entwicklungsausschuß des Deutschen Entwicklungsdienstes DED vor, der die Entwicklungshelfer aussucht und ins Ausland entsendet. Es gibt immer wieder unschöne Situationen, insbesondere was die Begrenzung von Projekten betrifft. Andererseits ist gerade die Tätigkeit derjenigen, die sich für den DED zur Verfügung stellen, fast ausnahmslos sehr idealistisch geprägt. Das auf sich zu nehmen, was dort verlangt wird, dazu gehört schon mehr als das vom DED gezahlte Entgelt, mehr, als irgendeinen Job machen zu wollen. Insofern imponiert mir sehr, was gemacht wird.

Rupert Neudeck: Ich bin nicht der Überzeugung, daß von der Hilfe der Segen oder die Änderung eines Zustands kommt, sondern nur aus den Ländern selbst. Von Indien dachte man seinerzeit auch, daß es nicht auf die Beine kommt, und es ist vergleichsweise hervorragend auf die Beine gekommen. Es ist unabhängig von Nahrungsmittelhilfe. Das war in den fünfziger Jahren noch eine Riesenfrage für die Welt.

Wir konzentrieren uns bei unseren Bemühungen, Solidarität zu empfinden oder zu teilen, zu sehr auf die wiederkehrenden Katastrophen, über die die *Tagesschau* berichtet. Wir haben eine unglaublich »aktualitätsterroristische« Weltsicht. Wir möchten immer, daß alles ganz schnell, allerspätestens in einer Legislaturperiode geändert wird, total. – Uganda war in den Jahren von 1981 bis 1986 in einer der scheußlichsten Verfassungen.

Das weiß jeder, der den Namen Idi Amin Dada kennt, dessen Nachfolger noch viel schlimmer war. Das wissen viele nicht. Jetzt ist es aber so, daß da ein phantastischer Präsident ist, der dieses Land zu einem Hoffnungsträger macht! Die Wirtschaft boomt, der Uganda-Schilling ist die Leitwährung für diese Region. Was wir in Ruanda nicht bekommen, können wir in Uganda einkaufen. Präsident Museveni hat 4.000 Inder, die jetzt wieder in diesem Land investieren, hereingeholt.

Nicht nur Liberia und Ruanda und andere Länder, in denen es kracht, machen die Realität aus. Uganda ist auch eine Realität, die mindestens genauso wichtig ist für den Zustand der Welt. Ich bin nicht überzeugt, daß wir die Weltmeister sind, die alles dort hinbringen müssen. Das ist auch ein wichtiges Gespräch, das wir unter den Organisationen führen müßten, ob wir nicht im Grunde insgeheim immer noch meinen, daß wir die Meister sind. Ich hoffe und denke, daß das nicht mehr so ist und daß eine Welt entsteht, in der diese Menschen das auch selbst machen können. Aber sie brauchen, ähnlich wie in



Europa – und das Problem haben wir überall –, auch gute Regierungen, und sie brauchen Eliten, die nicht weggehen. Sie brauchen Schriftsteller und Professoren, die nicht nach Yale und nach Cambridge gehen, weil da die größeren Fleischtöpfe sind. Deshalb hoffe ich sehr, daß die vorankommenden Länder Beispiele geben, ausstrahlen. Es wäre auch ein gutes Prinzip, wenn wir mit Ländern, in denen es vorangeht, solidarisch sind und sie handelspolitisch unterstützen. Als Museveni in Deutschland auf Staatsbesuch war – und keine Aufmerksamkeit bekam – forderte er: »*Not aid, but trade*« – Wir wollen freien Handel. Wir wollen, daß unsere Agrarprodukte nicht von euren subventionierten Agrarprodukten verdrängt werden!

Nun wird von Regierung zu Regierung immer gesagt: Das müssen wir abbauen. Es geschieht aber nicht. Und jetzt haben wir sogar in Bosnien das Problem, daß die subventionierten Eier billiger sind, als die mühselig in den Farmen erzeugten. Selbst in Bosnien, selbst in Europa ist es so, daß unsere europäische Marktordnung mit den Subventionen zerstörerisch wirkt.

Publikum: Man sollte den Konfliktfall-Begriff, von dem abhängt, wann Hilfe geleistet wird, überdenken. Man sollte nicht am Brunnen stehen und warten, bis das Kind hineinfällt. In Madagaskar, wo ich einige Zeit war, ist eine Katastrophe eingetreten, weil das Land von heute auf morgen auf Verlangen der Industrieländer die Kaffeeproduktion auf neue Sorten umstellen sollte. Es gibt andere Arten von Katastrophen, die in dem Land herrschen, darunter die Bildungskatastrophe. In dem Land leben 12 Millionen Menschen, es werden aber Schulbücher nur in einer Auflage von 5.000 Stück verteilt. Die Leute haben kein Papier, und die Leute können es sich auch nicht leisten, Bücher zu kaufen. Das zieht andere Katastrophen nach sich: Bildungsverteilungskämpfe, Kämpfe auf dem Arbeitsmarkt, letzten Endes Verteilungskämpfe um das Essen.

Frau von Pilar, Sie sprechen für die »Ärzte ohne Grenzen«: In einer Sendung des Bayerischen Rundfunks berichtete ein Pater über einen Verein in der Nähe der Hauptstadt Madagaskars, der mit den »Ärzten ohne Grenzen« zusammenarbeite. In Madagaskar herrscht aber kein Krieg. Das war das eine Kriterium. Und das zweite Kriterium, was Sie genannt haben, war, unparteilich zu bleiben. Der Pater hat einen riesigen Einfluß dort. Er »betreut« etwa 15.000 Menschen, darunter 5.000 Kinder, die dort zur Schule gehen. Das klingt im ersten Moment gut. Wenn man aber hört, daß achtjährige Kinder zuerst Französisch lernen sollen und nicht ihre Heimatsprache, daß außerdem sein Motto sei: »Durch Arbeit Würde« zu erlangen, dann fragt sich, warum Ihre Organisation diesen Herrn unterstützt?

Publikum: Sie haben ein harmonisches Bild der humanitären Hilfe gezeichnet. Sie waren sich in wesentlichen Positionen einig, und da drängt sich die Frage auf, warum es nicht eine statt dreier Organisationen gibt, die auf dem Podium vertreten sind. Wir haben über Bosnien gehört, daß dort in manchen Situationen auch über hundert, bis zu vierhundert Nicht-Regierungsorganisationen tätig werden. Warum diese unsägliche Vermehrung von Organisationen? Welches Eigeninteresse fern der humanitären Aktion verfolgen die Nicht-Regierungsorganisationen? –

Frau von Pilar, Sie haben berichtet, daß die »Ärzte ohne Grenzen« entschieden hat, aus der humanitären Aktion in den Flüchtlingslagern in Zaire hinauszugehen, weil man andernfalls die Verantwortlichen des Genozids unterstütze. Soweit ich es weiß, hat das Internationale Komitee des Roten Kreuzes eine andere Entscheidung getroffen. Können Sie Ihre unterschiedlichen Standpunkte dem Plenum darlegen?

Publikum: Es muß für Sie doch eine enorme Sisyphusarbeit sein: Sie sammeln die Toten und pflegen die durch Waffen jener Länder Verwundeten, die Sie eigentlich vertreten. Können Sie nicht direkter, deutlicher in Ihren Ländern gegen Waffenhilfe Stellung nehmen?

Publikum: Über Afghanistan gibt es, seit die Russen das Land verlassen haben und es nicht mehr als Tummelplatz der Supermächte existiert, praktisch keine Berichterstattung mehr. Dort tobt aber weiterhin ein fürchterlicher Bürgerkrieg, der von vielen westlichen Staaten mit genährt wird – insbesondere durch die USA, die eine Bürgerkriegsgruppe moslemischer Fundamentalisten militärisch und finanziell unterstützen, die z.B. allen Mädchen sämtliche Schulbildung verweigert. Es sind dort einfach sehr, sehr arme Leute, die sich jetzt seit über fünf Jahren mit Hilfe unseres Geldes, mit unseren Waffen bekriegen. Die Leute haben dort nicht genug Geld, um etwas zu essen zu kaufen, haben aber genug Waffen und haben Hubschrauber, Zerstörungsraketen, die täglich, monatlich von westlichen Mächten geliefert werden.

Ulrike von Pilar: Ich habe keineswegs alle Ansätze und Projekte von »Médecins Sans Frontières / Ärzte ohne Grenzen« hier vorstellen können. Eines unserer Haupteinsatzgebiete, wenn wir über Katastrophenhilfe sprechen, sind heutige Konfliktgebiete, und der Einsatz schließt eine Postkonfliktphase mit ein. Was heißt »Rehabilitation«? Wie lange bleibt man? Wie bildet man die Menschen vor Ort aus? MSF hat heute international über 140 Projekte in über 70 Ländern, deren Ziele von reiner Katastrophenhilfe im Konfliktfall wie in Tschetschenien bis zu medizinisch-sozialen Projekten in den Slums von Brasilien und Manila reichen. Es gibt längerfristige Projekte, wie der Wiederaufbau des Gesundheitssystems in Guinea.

Madagaskar selber kenne ich leider nicht. Ich kann also über das Projekt nichts sagen. Wenn das stimmt, was Sie sagen, daß ein Priester, der eine politisch wichtige Rolle spielt, im Fernsehen sich damit vorstellt, daß »Ärzte ohne Grenzen« ihm hilft, während er selber nicht in unserem Sinne unparteilich Hilfe leistet, dann ist das nicht in Ordnung. Ich werde dem nachgehen. Das heißt noch lange nicht, daß das stimmt, was er sagt, es kommt zwar vor, daß wir direkt mit kirchlichen Organisationen zusammenarbeiten, aber relativ selten, weil die oft ihr eigenes Netzwerk haben.

Zu der Frage, warum so viele NGOs, warum so viele Organisationen? – Zum einen gibt es sehr viele unterschiedliche Ideen und unterschiedliche Prioritäten, wie die Organisationen eingreifen sollen. Eine lebendige Welt solcher Organisationen ist für mich ein Zeichen einer relativ offenen, funktionierenden, demokratischen Gesellschaft. Herr Wenzel hat erwähnt, daß ich auch mit Organisationen in Osteuropa arbeite. Unsere Idee von NGO hat es bis vor fünf Jahren in Osteuropa nicht gegeben. Und die Tatsache, daß es sie jetzt gibt, ist ein sehr positives Zeichen. Ob sich alle auf den Katastrophenplätzen der Welt tummeln müssen, ist eine andere Frage. Nur, es gibt Organisationen, die ein einziges Krankenhaus in einer Provinz in Ruanda unterstützen. Es gibt andere Organisationen, die 40, 60 Leute und 2.000 Leute lokales Personal haben – wie wir in Ruanda – und in mehreren Provinzen einen großen Teil des peripheren Gesundheitssystems betreuen. Unsere Organisation hat eine starke medizinische Ausrichtung, andere haben andere Prioritäten. Ich könnte noch lange über das Koordinationsproblem reden, aber das ordnet sich oft gar nicht so schlecht vor Ort. Es ist oft schwieriger, das hier zu koordinieren, wenn die Regierungen sich einmischen wollen. Aber es gibt so viele Kontexte, so viel Leiden in der Welt. Und es gibt zu viele Ecken, in die kein Mensch hineinkommt, in denen keiner arbeiten kann, weil unser aller Ressourcen beschränkt sind. Ich sehe die Tatsache, daß es viele solcher Organisationen gibt, nicht als Mangel.

Knut Ipsen: Die vielen Organisationen beruhen in der Tat auf der Entscheidung der Menschen, die zu ihnen gehen. Wenn z.B. Herr Neudeck seinerzeit, um den *boat people* zu helfen, ins Rote Kreuz eingetreten wäre, hätte er niemals die »Cap Anamur« flottmachen können. Wenn ich mir vergegenwärtige, welche Probleme wir mit der »Helgoland« gehabt haben, hat er völlig richtig gehandelt, indem er es selbständig gemacht hat. Andererseits, warum soll ich denn viereinhalb Millionen Mitgliedern des Deutschen Roten Kreuzes empfehlen, in andere Organisationen einzutreten? Sie haben alle ihre eigene Vita, auf deren Grundlage sie eingetreten sind. In Deutschland beruht die relativ hohe Zahl der Mitglieder des Deutschen Roten Kreuzes weitgehend auf Biographien der Elterngeneration, die durch das Rote Kreuz in den Folgen des Zweiten Weltkrieges Positives, etwa durch den Suchdienst, erfahren haben. Die Vielfalt unserer Organisationen zeigt die Vielfalt der Interessen der Menschen, gerade in unserem Land. Ich begrüße es auch, wenn in Ex-Jugoslawien eine kleine *ad hoc*-Gruppe des Ortes X für die Einwohner

eines Stadtteils von Sarajevo aufgrund direkter Beziehung etwas tut und dort vor Ort präsent ist, eher als wenn eine Massenorganisation wie die meine dort aktiv wird. Allerdings gibt es auch Nachteile. Wenn wir wie in Split angesprochen werden: »Wir haben hier etwas gesammelt. Wir haben hier einen LKW voll. Könnt Ihr das sinnvoll einsetzen?«, dann merkt man das Fehlen der Organisation mit Erfahrung, mit der Gewißheit, daß das, was zgedacht ist, auch dem Zgedachten zukommt.

Die zweite Frage: »Welchen Sinn hat das? Tote sammeln, Verwundete betreuen?«, will ich mit einem Beispiel beantworten. In einem Film über das Rote Kreuz im Dritten Reich wurde eine alte Rot-Kreuz-Schwester gefragt: »Finden Sie nicht, daß Ihre Arbeit im Zweiten Weltkrieg sinnlos war, wo Sie Verwundete betreut haben? Finden Sie nicht, daß diese Arbeit sinnlos war angesichts des Unheils, das die Wehrmacht angerichtet hat?« Diese alte Dame hat die Frage nicht verstanden. Sie ist wahrscheinlich auch nicht zu beantworten.

Rupert Neudeck: Die Vielfalt der Organisationen ist auch für mich ein Zeichen der Buntheit der Gesellschaft. Wichtig ist, daß man als gesellschaftliche Organisation immer einen lebendigen Kontakt hat zu denen, die das Kleingeld geben. Ich fürchte aber, die politische Entwicklung führt dazu, daß sich in Zukunft noch mehr Organisationen bilden werden. Jede Organisation hat eine spannende Geschichte: die Geschichte des Roten Kreuzes mit Henri Dunant und dem Feldzug von Solferino; MSF ist im Biafra-Krieg geboren; wir haben uns damals nicht vorgestellt, eine dauerhafte Organisation zu werden.

Ich könnte jemandem, der mich fragt: »Wie verdiene ich am besten Geld?«, empfehlen, eine Organisation zu gründen, in Brüssel ein Büro zu eröffnen, Computer einzusetzen: dann kann er vielleicht in den Genuß der EG-Gelder kommen. Die UNO habe ich anfangs noch als operational erlebt. Mittlerweile erlebe ich sie mehr und mehr als Vermittlungsagentur von Budgets. Das verstärkt den Gründungsprozeß von Organisationen, und zwar nicht aufgrund von Entscheidungen der Gemeinden. Es kann sein, daß wir in eine Phase kommen, in der die Politik aus Verlegenheit und Ohnmacht Gelder vergibt, so daß sich daraufhin eine ganze Menge von *ad hoc*-Organisationen bilden.

Die Waffenhilfe aber ist der größte Skandal. Ich begreife nicht, daß unser Bundestag, unsere gewählten Abgeordneten bis heute nicht in der Lage sind, an die Firmen, die Waffenregister, die genauen Verteil- und Exportregister, an die *dual use*- und die *multiple purpose*-Waffen und -Geräte heranzukommen. Dafür zu sorgen, daß aus deutschen Ländern nicht mehr diese Mordwaffen exportiert werden, ist eine politische Aufgabe. Aber pünktlich tun wir das immer wieder, ob nach Indonesien, in den Iran oder die Türkei. Wo immer wir darauf stoßen, und wir haben das beim Minenräumen erlebt, werden wir es an die große Glocke hängen.

Ulrike von Pilar: Die Frage: »Warum protestiert Ihr denn nicht stärker und direkter gegen die Waffenlieferungen und gegen die Minen?« geht möglicherweise ins Leere. Es gibt Organisationen für das eine und für das andere. Man kann nicht einfach den Mund aufreißen und sagen: »Das ist falsch.« Man muß etwas davon verstehen: Wo kommt das her? Wo geht das hin? Wer bezahlt das? Das ist sehr viel Arbeit. Und daß die Mühlen solcher Aufklärung nur langsam mahlen, tröstet die Leute in Afghanistan nicht. Bis dahin sind sie längst gestorben. Deshalb muß es Organisationen geben, die mit Priorität medizinische Hilfe oder andere humanitäre Hilfe vor Ort leisten. Es reicht auch nicht, einfach eine Krankenschwester nach Goma zu schicken und zu sagen: »Jetzt mach mal!« Unsere Arbeit ist ein Beruf, der erlernt werden muß, sonst ist man unglaubwürdig und handelt

gegen das Interesse der Opfer. Es gibt also Organisationen, deren Beruf die Katastrophenhilfe ist, während andere besser geeignet sind, ein paar Monate später einzugreifen und dann andere Prioritäten zu setzen.

Koordinierung ist wichtig und sie geschieht, aber bei aller Einigkeit gibt es auch Differenzen. Wir sind jedoch der Meinung, ein Recht auf unseren eigenen Weg zu haben, auf unsere eigene Art und Weise, Menschen zu helfen. Wenn wir dabei nicht gelegentlich gegen die Interessen anderer und mancher Koordinierungsausschüsse arbeiten würden, wäre der letzte Rest von Subversivität verloren. Dann gäbe es keine *cross border*-Aktion in Kurdistan oder Afghanistan mehr. Ein Beispiel für eine ganz gut koordinierte Aktion ist die »Operation Lifeline Sudan« (OLS), bei der eine Reihe von NGOs unter UN-Koordination Hilfe im bürgerkriegsgeschüttelten Südsudan leistet. »Ärzte ohne Grenzen« behält sich aber das Recht vor, aus diesem Verbund auszuscheren, weil mit der Koordination manchmal ein zu hoher bürokratischer Aufwand und politische Beschränkungen verbunden sind. Im Südsudan grassiert die Cholera, von der kein Mensch spricht, und von der die OLS nichts wissen will. Der Sudan will darüber nicht reden, dann müssen wir unsere Prioritäten setzen können und ein unabhängiges Cholera-Programm machen!

Hans-Joachim Wenzel: Die Tatsache, daß Herr Neudeck die Chance für eine präventive Katastrophenpolitik oder für Krisenprävention quasi ins Land der Träume verwiesen hat, macht mich doch sehr betroffen. Darüber müßte man eigentlich noch länger nachdenken. Aber mit Blick auf die Uhr möchte ich diese Frage nicht mehr in die Runde geben. Wir haben eine Fülle von Informationen und Argumenten gehört und eine Fülle von Fragen angeschnitten, auf die zumindest ansatzweise eingegangen wurde. Und wir haben auch einen breiten Konsens der verschiedenen Herangehensweisen humanitärer Hilfeleistungen zur Kenntnis genommen. Ich glaube, ich spreche im Namen aller, wenn ich den Diskutanten auf dem Podium sehr herzlich für ihre engagierte Teilnahme danke. Mein Dank geht auch an die Diskutanten aus dem Plenum sowie an alle Besucher, die an diesem *Friedensgespräch* teilgenommen haben!